
BESCHLUSSVORLAGE

(Nr. 0532/2021/1)

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Kreistag	31.01.2022	öffentlich

Resolution zum Erhalt bzw. Wiederaufbau des Krankenhausstandortes in Trier-Ehrang" (auch Antrag der FWG-Kreistagsfraktion vom 21.12.2021)

Kosten:

Betrag:

Haushaltsjahr:

Teilhaushalt:

Buchungsstelle:

Haushaltsansatz:

BESCHLUSSVORSCHLAG:

Der Kreistag beschließt die in der Anlage beigefügte Resolution.

Sachdarstellung:

Seit inzwischen mehr als 120 Jahren wird am Standort Trier-Ehrang ein Krankenhaus der Grundversorgung betrieben, das nach mehreren Wechseln in der Trägerschaft zuletzt von der Trierer Klinikum Mutterhaus der Borromäerinnen gGmbH getragen wurde. Die Patienten des Ehranger Krankenhauses stammen nicht nur aus der Stadt Trier, vornehmlich den Stadtteilen der linken Moselseite, sondern auch und insbesondere aus den Orten der Verbandsgemeinden Schweich, Trier-Land, Ruwer, Speicher und Wittlich-Land. So erfüllt das Haus seit vielen Jahren eine wichtige Funktion in der gesundheitlichen Grund- und Regelversorgung für die Bevölkerung westlich und nördlich von der Stadt Trier. Das Haus war in den letzten Jahren von klinikinternen Umstrukturierungsmaßnahmen und der Verlagerung von Leistungen zwischen den drei Standorten des Mutterhauses betroffen. Nach Aussagen des Trägers waren aber zuletzt noch immer vier Abteilungen (Innere, Chirurgie, Orthopädie und Anästhesie) mit durchschnittlich rund 100 tatsächlich belegten Betten am Standort Ehrang in Betrieb. Hinzu kamen weitere Einrichtungen wie Arztpraxen und Ambulanzen.

Das Gebäude des Ehranger Krankenhauses wurde Mitte Juli vom Hochwasser der Kyll stark getroffen. Es wurden das Untergeschoss sowie Teile des Erdgeschosses überflutet und große Schäden angerichtet. Insbesondere wurden die Stark- und Schwachstromanlagen, die Notstromanlage, die Lüftungs-, Kälte- und Heizungsanlage, der Computertomograph (CT), das MRT sowie die gesamte externe radiologische Praxis zerstört. Nach Schätzungen des Klinikträgers würden sich die Kosten für Wiederaufbau und Sanierung des Gebäudes auf mehr als 30 Millionen EURO belaufen zuzüglich einer Neuanschaffung der medizinischen Geräte zuzüglich Gebäudeanpassungen zur Herstellung einer Hochwassersicherheit. Die Dauer der Sanierung wurde vom Träger mit zirka 5 Jahren angegeben.

Am 03. Dezember 2021 hat der Klinikträger verkündet, das vom Hochwasser betroffene Gebäude nicht mehr sanieren zu wollen. Stattdessen wolle man die Standorte Mitte und Nord nun baulich und strukturell umgestalten und erweitern. So werde der Wegfall des Standorts Ehrang dauerhaft kompensiert.

Diese Ankündigung der Klinikleitung hat zu Protest und Empörung bei der Bevölkerung und den umliegenden Stadtteilen und Gemeinden geführt. Einige Gebietskörperschaften, allen voran der Ortsbeirat Ehrang-Quint und der Stadtrat Trier, aber auch die Verbandsgemeinden Ruwer, Schweich, Trier-Land und Speicher, haben mit Resolutionen der Räte reagiert. Seitens der Bevölkerung wurden mit Unterstützung der Kommunen Proteste organisiert. Auch heute noch laufen vielerorts Unterschriftenaktionen, die den Erhalt des Standorts zum Ziel haben.

Wenige Tage nach Verkündung der Schließung haben Landrat Metzdorf sowie die Erste Kreisbeigeordnete Thiel und der Kreisbeigeordnete Ollinger in einer Videokonferenz mit den Geschäftsführern der Klinik deren Entscheidung diskutiert. Es wurde deutlich gemacht, welchen Stellenwert das Krankenhaus für die medizinische Versorgung großer Teile des Landkreises hat, was auch für weitere Angebote der Gesundheitsversorgung gilt, die mit dem Krankenhaus verbunden waren, beispielsweise mehrere MVZ, die BG-Ambulanz oder die radiologische Praxis. Ein Einlenken der Klinikleitung war in diesem Gespräch nicht zu erzielen und sicherlich auch nicht zu erwarten gewesen. Die Vertreter des Landkreises machten daher deutlich, dass man die Forderung, dass das Haus nicht geschlossen bleiben dürfe, aufrechterhalte. Mindestens an dem vom Klinikträger angekündigten „Runden Tisch“ wolle man teilnehmen, um diese Forderung dort im Sinne der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises zu vertreten. Sollte die dauerhafte Schließung tatsächlich als letzte Entscheidung unvermeidbar sein, so sei neben den gesetzlich zuständigen Stellen auch das Mutterhaus in der Verpflichtung, alternative Angebote im bisherigen Versorgungsraum mit aufzubauen und zu unterstützen. Für den Fall, dass die Klinik öffentliche Mittel für die Schließung bekomme, beispielsweise aus dem Krankenhaus-Strukturfonds, dürften diese Mittel keinesfalls in die Innenstadt von Trier fließen, sondern müssten vor Ort in Ehrang oder den umliegenden Gemeinden eingesetzt werden.

In dieser Videokonferenz am 16. Dezember haben die Vertreter des Landkreises angekündigt, das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Kreisausschusssitzung zu nehmen und dort eine Resolution des Landkreises zu verabschieden. Am 21. Dezember hat die Fraktion der FWG einen Antrag gestellt, der in die gleiche Richtung zielt. Der beigefügte Entwurf der Resolution wurde in der Kreisausschusssitzung am 10. Januar 2022 diskutiert und einstimmig verabschiedet.

Anlage: Entwurf einer Resolution